

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bernhard Brinkmann (Hildesheim),  
Dr. Hans-Peter Bartels, Ernst Bahr (Neuruppin), weiterer Abgeordneter  
und der Fraktion der SPD  
sowie der Abgeordneten Anja Hajduk, Volker Beck (Köln), Alexander Bonde,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 15/4520 –**

### **Bewältigung der Konversionslasten durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen**

#### **A. Problem**

Das durch den Bundesminister der Verteidigung verkündete Ressortkonzept Stationierung führt infolge der Reduzierung der Bundeswehr in vielen der von diesen Maßnahmen betroffenen Kommunen zu gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Hinzu kommen voraussichtlich Änderungen bei der Stationierung der amerikanischen Streitkräfte. Dies stellt die betroffenen Standorte bzw. Regionen vor Herausforderungen, die sie gemeinsam mit Bund und Ländern bewältigen müssen.

Nach der föderalen Aufgabenverteilung liegt die strukturpolitische Verantwortung für die Bewältigung der Konversionslasten vorrangig in der Verantwortung der Länder und Kommunen. Dennoch wirkt der Bund bereits seit Jahren an deren Bewältigung mit. Die in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen zeigen, dass sich ausgewählte Verwertungsmodelle in der Praxis bewährt und zu einem Interessenausgleich zwischen Kommunen und Bund geführt haben.

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben daher in ihrem Antrag einen Maßnahmenkatalog formuliert, um den von Standortreduzierungen bzw. -schließungen betroffenen Ländern und Kommunen die Bewältigung der Konversionslasten durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen zu erleichtern. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, die im Antrag aufgeführten insgesamt sieben Forderungen umzusetzen.

#### **B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/  
CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP**

**C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4520.

**D. Kosten**

Der Bund stellt zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur Fördermittel für 2005 in Höhe von 694 Mio. Euro und im Finanzierungszeitraum bis 2008 weitere Fördermittel von jährlich 694 Mio. Euro zur Verfügung. Für Städtebauförderungen beabsichtigt der Bund den Ländern für den Zeitraum 2005 bis 2008 einen Verpflichtungsrahmen von insgesamt rd. 2 Mrd. Euro bereitzustellen. Förderfähig sind u. a. die Wiedernutzung brachliegender Flächen (insbesondere in Innenstädten) und Stadtumbaumaßnahmen in von Konversion betroffenen Gebieten.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 15/4520 – anzunehmen.

Berlin, den 26. Januar 2005

### **Der Haushaltsausschuss**

**Manfred Carstens (Emstek)**  
Vorsitzender

**Dietrich Austermann**  
Berichterstatter

**Jürgen Koppelin**  
Berichterstatter

**Bernhard Brinkmann (Hildesheim)**  
Berichterstatter

**Anja Hajduk**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dietrich Austermann, Jürgen Koppelin, Bernhard Brinkmann (Hildesheim) und Anja Hajduk

### I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 149. Sitzung am 17. Dezember 2004 den Antrag auf Drucksache 15/4520 – Bewältigung der Konversionslasten durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen – zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Verteidigungsausschuss und den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Das durch den Bundesminister der Verteidigung verkündete Ressortkonzept Stationierung führt infolge der Reduzierung der Bundeswehr in vielen der von diesen Maßnahmen betroffenen Kommunen zu gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Hinzu kommen voraussichtlich Änderungen bei der Stationierung der amerikanischen Streitkräfte. Dies stellt die betroffenen Standorte bzw. Regionen vor Herausforderungen, die sie gemeinsam mit Bund und Ländern bewältigen müssen.

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben daher in ihrem Antrag einen Maßnahmenkatalog

formuliert, um den von Standortreduzierungen bzw. -schließungen betroffenen Ländern und Kommunen die Bewältigung der Konversionslasten durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen zu erleichtern.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, die Vorlage anzunehmen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 26. Januar 2005 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag anzunehmen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Fraktion der FDP gefasst.

Berlin, den 26. Januar 2005

**Dietrich Austermann**  
Berichtersteller

**Jürgen Koppelin**  
Berichtersteller

**Bernhard Brinkmann (Hildesheim)**  
Berichtersteller

**Anja Hajduk**  
Berichterstellerin